

Rot-schwarzer Kooperationsvertrag 2014, Bewertung der GRÜNEN Ratsfraktion

Bürgerbeteiligung:

Wie bereits im Vorfeld angekündigt, versuchen CDU und SPD ihr erneutes Zusammengehen und die damit verbundenen Sorgen um eine weitere Beschädigung der politischen Kultur in unserer Stadt damit zu begegnen, dass die Themen Transparenz und Bürgerbeteiligung einen sehr prominenten und ausführlichen Platz im Vertragsentwurf einnehmen. Aus Sicht der GRÜNEN Fraktion, die in den vergangenen Jahren oftmals miterleben musste, wie wenig die große Koalition die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger ernst nahm, ist das natürlich begrüßenswert. Aber leider bleibt beim näheren Hinsehen von der Euphorie nicht viel übrig. Außer dem bereits mehrfach diskutierten und kritisierten Vorhaben, einen zusätzlichen fünften Dezernenten zu wählen, der sich dann um diese Themenbereiche kümmern soll, gibt es wenig Konkretes. Dass sich mit dem Beteiligungsdezernenten dann auch die Bereitschaft der Rathausmehrheit, ihre Entscheidungsprozesse anders als bisher aus den Hinterzimmern in die Öffentlichkeit zu verlagern, verändert, steht nicht zu erwarten.

Schule/Bildung:

Es gibt keine Aussage zur Zukunft der Bergischen VHS. Darüber hinaus fehlt ein Hinweis, wie die GroKo der immer noch ungebrochenen Nachfrage nach Gesamtschulplätzen begegnen will. Die im Kooperationsvertrag benannte Schaffung von 1.000 neuen Plätzen im Offenen Ganztage ist bereits beschlossen und wird umgesetzt, die darüber hinaus in Aussicht gestellte Erhöhung der derzeitigen Betreuungsquote auf 50% wird die Stadt voraussichtlich rund 700.000 Euro jährlich kosten (ohne Kosten für investive Maßnahmen), dazu gibt es keinen konkreten Finanzierungsvorschlag.

Kultur:

Die GroKo rühmt sich mit den kulturellen Highlights Wuppertals und formuliert berechtigtes Lob für Sinfonieorchester, Von der Heydt Museum, Oper, Schauspiel und Tanztheater Pina Bausch. Mehr als kostenlose Allgemeinplätze gibt es auch hier nicht.

Die Förderung der Freien Kulturszene mit den zahlreichen Einrichtungen wird nicht mit einem Finanzierungsvorschlag unterfüttert. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die Ablehnung eines GRÜNEN Antrages zum Haushalt 2014/2015 zur Unterstützung der Freien Szene mit jährlich 80.000 Euro. Eine notwendige Verbesserung der personellen Situation im Kulturbüro steht nicht auf der Agenda.

Sport:

Auch hier sind Allgemeinplätze formuliert: Besonders kleinere Vereine sollen unterstützt und besser vernetzt werden. Gut und schön, aber wie und von wem dies konkret umgesetzt und finanziert werden soll, bleibt im Dunkeln.

Zur Zukunft des BHC, in Verbindung mit der Sanierung oder dem Neubau der Unihalle herrscht Schweigen.

Soziales, Jugendhilfe, Bildung und Familien:

Auffallend ist der Satz „ist es dennoch gelungen, die sozialen Standards aufrechtzuerhalten“. Das ist definitiv nicht so, wenn der soziale Standard ist, dass wir im U3-Bereich landesweit die rote Laterne tragen, und jedes 3. Kind lebt von Hartz IV- das kann nicht akzeptiert werden.

Der Plan der Verwaltung, die Erziehungshilfe nach Elberfeld zu verlagern ist ebenfalls ein Abbau von Standards.

Sozialräumliche Orientierung:

Im Bereich der Armutsbekämpfung soll ein nicht näher erläutertes Projekt angestoßen werden: als Löwe gestartet und als Mücke gelandet.

Für viele Maßnahmen, die von der Landesregierung initiiert wurden, wird die Stadt gelobt, wie z.B. Einführung von PlusKitas und die Einrichtung von Sprachförderung.

Kinderbetreuung:

Der Wunsch nach bedarfsgerechter Versorgung bei den U3-Plätzen wird nicht in Erfüllung gehen können, da Wuppertal die rote Laterne in NRW trägt. Wir haben in der Vergangenheit darüber hinaus auch zunehmend das Problem gehabt, dass die Ü3-Plätze verknappt werden. Es gibt keinerlei finanzielle Grundlage für die Umsetzung des Wunsches nach Ausbau der U3-Betreuung von 40 Prozent innerhalb von 2 Jahren. Der GRÜNE Haushaltsbegleitantrag auf Ausbau der U3-Betreuung wurde (zusätzliche 10 Gruppen bei freien Trägern) ebenfalls abgelehnt.

Die Stadt bezahlt Tagespflegeeltern im Moment rechtswidrig zu wenig. Das zeigt den tatsächlichen Wert, der der Kinderbetreuung außerhalb der städtischen Versorgung beigemessen wird.

Soziales:

Es ist immerhin schon mal etwas, dass die GroKo das Wort Prävention wenigstens erwähnt. Allerdings wird auch sofort klar, dass die Stadt dafür kein Geld in die Hand nehmen wird. Um das soziale Wuppertal sollen sich bitteschön die freien Träger oder Ehrenamtliche kümmern! Bestenfalls gibt es ein Förderprogramm, das dann nach zwei Jahren wieder eingestellt wird.

Alles was zu Inklusion oder zum demografischen Wandel gesagt wird ist Gesetz und muss sowieso umgesetzt werden.

Auch die Einrichtung eines Inklusionsbeauftragten ist bereits auf den Weg gebracht.

Das ist alles andere als ein Bekenntnis zu einem sozialen Wuppertal!

Brandschutz und Hilfeleistung:

Ehrenamtliches Engagement im Bereich der Freiwilligen Feuerwehr soll weiterhin gefördert werden. Allerdings wurde in den letzten Jahren notwendiges und vor langer Zeit zugesagtes Material oder Ausrüstungsgegenstände und Fahrzeuge nur zögerlich und nicht im notwendigen Ausmaß zur Verfügung gestellt.

Umwelt und Energieeffizienz:

Nach der Aussage, sich der Weiterentwicklung der Klimaschutzziele zu verschreiben, wird sofort der Autoverkehr ausgenommen. Keine wirklich nachhaltige Zukunftsvision, gab es doch schon bisher kein Klimaschutzkonzept für den Verkehrsbereich, obwohl er verantwortlich ist für ein Drittel der CO₂-Emissionen. Schreibt sich die GroKo die Förderung der Energieeffizienz und der Regenerativen Energien auf die Fahnen, vergisst sie mit dem Bereich Energieeinsparung die wichtige dritte Säule, die Voraussetzung für eine klimaneutrale Stadt ist. Dieses notwendige Ziel wird daher auch nicht formuliert.

Im Bereich Umwelt bekennen sich CDU und SPD zwar zur bäuerlichen Landwirtschaft, vermeiden jedoch die notwendige und wirtschaftlich sinnvolle Forderung einer ökologischen Landwirtschaft auf kommunalen Flächen. Nur Lärmschutz ist darüber hinaus noch Thema, im Gegensatz zu Flächen-, Arten-, Gewässer- und Naturschutz sowie Luftreinhaltung, und nachhaltige Abfallwirtschaft, zu diesen Themen schweigt die GroKo.

Verkehr:

Der Hinweis auf ein sich veränderndes Mobilitätsverhalten und -bedürfnis der Wuppertaler*innen wird zwar formuliert, doch nicht mit konkreten Vorstellungen unterlegt, wie sich die autogerechte Stadt in eine Stadt der nachhaltigen, gleichberechtigten Mobilität wandeln kann. Konkreter ist da das Bekenntnis zum Ausbau der L 419, der wiederum mehr motorisierten Individualverkehr produzieren wird.

Angekündigt werden Bürger*innen-Beteiligungsprozesse für den neuen Nahverkehrsplan und die Stärkung des Radverkehrs, allerdings ohne Hinweis auf Art und Weise der Finanzierung.

Fahrradstadt:

Die GroKo bekennt sich nur halbherzig zur Fahrradstadt Wuppertal, konkrete Radverkehrsprojekte abseits der Nordbahntrasse werden nicht genannt, eine Finanzierungsstrategie ist nicht erkennbar.

Die Maßnahmen aus dem Projekt „Fahrradstadt Wuppertal“ des Wuppertal Institutes sollen lediglich berücksichtigt, nicht konkret umgesetzt werden, Zielvorgaben für den Ausbau des Radverkehrs fehlen.

Stadtentwicklung:

Bei der Stadtentwicklung steht nichts neues, außer, dass Wuppertal noch mehr Einzelhandel verträgt und die Politik das nach Ansicht von CDU/SPD nicht steuern kann - schade. Eine selbstbewusste Steuerung durch einen Masterplan für die Innenstädte Barmen und Elberfeld ist auch in dieser schwarz-roten Runde nicht zu erwarten.

Finanzen:

Der Kooperationsvertrag enthält eine Vielzahl von Versprechungen mit finanziellen Auswirkungen, die nicht gegenfinanziert sind. Woher die hier in Aussicht gestellten Extra-Millionen, die zur Deckung des Bedarfs bei der U3-Betreuung bis 2020, zur Erhöhung der Betreuungsquote im schulischen Ganztags auf 50% bis 2020, zur Stärkung des Radverkehrs,

zur verstärkten Förderung der Freien Kulturszene oder auch zur Schaffung eines zusätzlichen fünften Dezernats für die SPD benötigt werden, kommen sollen, wird nicht erwähnt. Somit wird das selbstgewählte Motto einer seriösen Haushaltspolitik ad absurdum geführt.

Den Wunsch nach einem ausgeglichenen Haushalt teilen wir. Allerdings wird das Erreichen dieses Ziels vor dem Hintergrund der hohen strukturellen Gewerbesteuer ausfälle von jährlich 12 Mio. Euro durch das Unternehmen Axalta zusätzliche Anstrengungen erfordern. Die Rathauspartner bleiben jeden Hinweis, welche Prioritäten bei dieser Sparrunde gesetzt werden, schuldig. Man verlässt sich wieder einmal ausschließlich auf die Verwaltung, ohne eigene Vorstellungen zu entwickeln. Ohne einen ausgeglichenen Haushalt droht Wuppertal ab 2015 ein Sparkommissar der Bezirksregierung und somit der Verlust der finanziellen und politischen Selbstständigkeit der Stadt.

Verwaltungsreform und E-Government:

Der Wunsch der GroKo nach dem Ausbau der digitalen Informations- und Kommunikationstechniken (E-Government) begrüßen wir grundsätzlich, weisen jedoch darauf hin, dass es trotz vorhandenem E-Government lange Schlangen vor der Kfz-Zulassungsstelle und in der Meldebehörde gibt. Auch hier fehlen Aussagen zur Verbesserung der nicht ausreichenden Personalsituation.